

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbm d

Inhalt

Horst Jungmann MdB zum
20. Jahrestag der Verabschie-
dung des Harmel-Berichts: Die
politische Initiative zurückge-
winnen.

Seite 1

Herbert Schnoor zum FDP-
Parteitag: Das historische
Rechtsstaats-Bein selbst am-
putiert.

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB
zur Effizienz des Personen-
Nahverkehrs: Gesamtwirt-
schaftliche Vorteile in attrak-
tive Preise umsetzen.

Seite 4

Hermann Buschfort zur Dis-
kussion um das kommunale
Wahlrecht für Ausländer:
Fremder Paß darf nicht Mit-
wirkung verhindern.

Seite 5

Dokumentation:

Annemarie Renger, Vizepräsi-
dentin des Deutschen Bundes-
tages, wurde mit der Ehren-
bürgerwürde der Universität
Jerusalem ausgezeichnet. Ihre
Danksagung im Wortlaut auf

Seite 6

42. Jahrgang / 238

14. Dezember 1987

Die politische Initiative zurückgewinnen

Zum 20. Jahrestag der Verabschiedung des Harmel-Berichts

Von Horst Jungmann MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und
Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Vor 20 Jahren verabschiedeten die NATO-Außenminister - unter ihnen Willy Brandt - den Harmel-Bericht. Seine Kernbestimmung zielt auf den Versuch, den Ost-West-Konflikt auf der Grundlage weiterhin aufrechterhaltener Verteidigungsbereitschaft mit den politischen Mitteln von Dialog und Zusammenarbeit abzubauen. Militärische Sicherheit wird hier untrennbar mit einer Politik der Entspannung, der Vertrauensbildung, der Abrüstung und Rüstungskontrolle verknüpft. Dies ist bis heute die politische Leitlinie der NATO geblieben.

Von Anfang an bestand das Problem, wie die beiden Elemente des Harmel-Berichts richtig zu gewichten seien. Wenn wir nach 20 Jahren Rückschau halten, so fällt eine Bilanz zwiespältig aus. Wohl ist dank der Entspannungspolitik der 70er Jahre ein zunächst vielversprechender Anlauf zur politischen Regulierung des Ost-West-Verhältnisses unternommen und in Gestalt der Ost-West-Verträge, des Vier-Mächte-Abkommens, des Grundlagenvertrages sowie der KSZE-Schlußakte von Helsinki auch kodifiziert worden. Die in der Regierungsverantwortung stehenden deutschen Sozialdemokraten, die dies gegen den erbitterten Widerstand der damaligen Opposition durchsetzten, hatten daran wesentlichen Anteil. Dem folgten aber schon Ende der 70er Jahre die bekannten Rückschläge, die in der Fortsetzung eines ungezügelter Rüstungswettlaufes mündeten. Eine Militarisierung des Denkens in Ost und West machte der Entspannungspolitik den Garaus.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
zu verkaufen Rohstoffe
Recycling-Paper



Die Gründe für diese Fehlentwicklung sind uns heute wohl bekannt: Indem entgegen der Absicht des Harmel-Berichts die militärischen gegenüber den politischen Mitteln das Übergewicht erhielten, war der Erfolg der Strategie als Ganzes in Frage gestellt. Genau dies geschah Anfang der 80er Jahre durch eine Verabsolutierung des militärischen Elements. Im Westen gipfelte sie im Entwurf immer neuer Bedrohungsszenarien, im Aufzeigen angeblicher „Verwundbarkeitsfenster“, in der Forderung nach Aufrechterhaltung von „Eskalationsdominanz“, schließlich in der Verteufelung des anderen Gesellschaftssystems als „Reich des Bösen“. Im Osten entfaltete zur gleichen Zeit die Rüstung eine ungebremste Eigendynamik.

Angeheizt wurde die Rüstungsspirale auch durch die Abschreckungsphilosophie der „flexiblen Antwort“, einer Doktrin, die die Unversöhnlichkeit des politischen Gegners zur Grundlage hat und daraus letztlich das Streben nach nuklearer Überlegenheit herleitet. Dem steht eine klar offensiv angelegte Militärdoktrin auf der östlichen Seite gegenüber.

Die Lehren, die wir daraus heute zu ziehen haben, liegen auf der Hand. Wir brauchen eine noch stärkere Rückbesinnung auf den politischen Gehalt des Harmel-Berichts.

Die Fehler der 70er Jahre dürfen sich nicht wiederholen. Immer weiter verbreitet ist die Einsicht, daß es in unserem Zeitalter nuklearer Massenvernichtungswaffen sinnlos geworden ist, Sicherheitsprobleme militärisch lösen zu wollen. Jedoch müssen die notwendigen Schritte bei der Umstellung der Militärdoktrinen auf beiden Seiten erst vollzogen werden. Am Ende dieses Umstellungsprozesses kann nur die Erkenntnis stehen, daß unter heutigen Bedingungen Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch gemeinsam zu haben ist.

So verstanden behalten die Aussagen des Harmel-Berichtes unverminderte Aktualität. Der gerade unterzeichnete INF-Vertrag bietet die historische Chance, die politische Initiative zurückzugewinnen und die Dynamik der Aufrüstung andächtig durch eine solche der Abrüstung zu ersetzen. Die Chance muß entschlossen wahrgenommen werden. Dem Geist des Harmel-Berichts könnte zu dessen 20jährigem Jubiläum nicht besser entsprochen werden. (-/14.12.1987/vo-ha/rs)

* * *

Das historische Rechtsstaats-Bein selbst amputiert

Anmerkungen zum FDP-Parteitag

Von Herbert Schnoor

Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Die aufgeklärte Vernunft hat eine Niederlage erlitten. Gewonnen haben die autonomen Gewalttäter. Gewonnen hat die illiberale CSU-Innenpolitik. Wie oft und wie tief in der Folge will sich die FDP noch demütigen lassen?

Nach dem Gesetz der schiefen Bahn wird das Umfallen in Serie übergehen.

Die einstmalige liberale Partei hat sich ihr historisches Rechtsstaatsbein selbst amputiert. Und das für einen bloßen tagespolitischen Koalitionspreis mit Machtsicherung Martin Bangemann inbegriffen. „Die FDP wird dem Stammtischgerede nicht nachgeben und den Rechtsstaat beschädigen.“ Streichen wir in diesem Bangemann-Zitat das Wort ‚nicht‘.

Die SPD behält das Mandat des liberalen Rechtsstaats. Sie wird die freisinnige Tradition eines Thomas Dehler oder Karl-Hermann Flach nicht wie die FDP an Todestagen beschwören, sondern im politischen Alltag verfechten.

Wer bisher freidemokratische Wirtschafts- und Innenpolitik wählte, kann fürs erstere Union und muß fürs letztere nun SPD wählen. Aus Helner Geißlers Lager grüßt verwechselbar die Blockpartei.

Ich zolle den unterlegenen Frauen und Männern in der FDP Respekt, denen Werner Malhofers Lehrsatz „in dubio pro libertate“ (im Zweifel für die Freiheit) auch auf dem Parteitag mehr als ein Lippenbekenntnis war.

(-/14.12.1987/vo-he/rs)

* * *

Den öffentlichen Personen-Nahverkehr fördern

Gesamtwirtschaftliche Vorteile in attraktive Preise umsetzen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Der öffentliche Personennahverkehr hat wesentliche gesamtwirtschaftliche Vorteile. Sie müssen offengelegt werden, damit der ÖPNV diese Vorteile in attraktive Preise umsetzen kann.

1. Busse und Bahnen sind verkehrssicher. Das Risiko, im Straßenverkehr Leben oder Gesundheit zu verlieren, ist für den Autofahrer etwa bis zu 50 mal höher als für den Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel. Dennoch kann der ÖPNV seine Vorteile in Sachen Verkehrssicherheit nicht über günstige Preise realisieren. Die aus diesen Körperverletzungen entstehenden finanziellen Folgen (circa 20 Milliarden DM pro Jahr) werden weitgehend nicht von den Kfz-Versicherungen, sondern von der Allgemein getragen.
2. Durch die Abgase der Kraftfahrzeuge entstehen jährlich Schäden in Milliardenhöhe an Gebäuden, in Wäldern und so weiter. Diese Schäden werden ebenfalls nicht den Verursachern zugerechnet. Auch insoweit ist der ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr benachteiligt. Pro Personenkilometer produziert der PKW die dreifache Abgasmenge. Trotzdem kann der ÖPNV seine deutlich geringere Umweltschädlichkeit nicht zur Reduzierung der Fahrpreise nutzen.
3. Der ÖPNV braucht im Vergleich zum Individualverkehr weniger Verkehrsfläche und praktisch keine Parkräume. Dieser Vorzug wird finanziell nicht bewertet. Er hat deshalb keine Auswirkungen auf die Preisgestaltung im ÖPNV.

Das Verursacherprinzip muß auch im Verkehrsbereich stärker zur Geltung gebracht werden. Jeder Verkehrsträger muß für die von ihm produzierten Nachteile und Schäden einstehen. In der Vergangenheit ist dies nur unzureichend geschehen. Das ist die Ursache für eine Reihe von heute deutlich sichtbaren Fehlentscheidungen im Verkehrsbereich. Korrekturen sind dringend nötig.

(-/14.12.1987/vo-he/rs)



Ausländern kommunales Wahlrecht geben

Ein fremder Paß darf die verantwortungsbewußte Mitwirkung nicht verhindern

Von Hermann Buschfort MdB
Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt

Soll den unter uns lebenden ausländischen Mitbürgern das Kommunale Wahlrecht eingeräumt werden? - Dies ist ein Thema, das die Gemüter erhitzen und jede Diskussion beleben kann.

Mehr als zwei Drittel der Ausländer leben schon seit über zehn Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. 1,5 Millionen von ihnen sind hier geboren oder aufgewachsen. Als neue Bürger gehören sie zu unserer Gesellschaft. Die Einführung des Kommunalen Wahlrechts würde die Ausländer, deren Integration wir wollen, ermuntern, sich um ein gutes Miteinander zwischen Deutschen und Ausländern zu bemühen. Daran sollten wir alle interessiert sein. Wer rechtlos ist und politisch unmündig gehalten wird, bleibt in mißtrauischer Wartestellung.

Man wird einwenden, daß, wer zählen will, sich doch einbürgern lassen sollte. Nun, das ist leicht dahergesagt, denn Ausländer können sich nicht so einfach einbürgern lassen. Die Bundesrepublik macht ihnen diesen Schritt sehr schwer. Auch nach 15- oder 20jährigem Aufenthalt bekommen viele Ausländer noch eine Absage. Auch die mit der Einbürgerung verbundenen hohen Verwaltungskosten schrecken viele Ausländer vom Einbürgerungsantrag ab.

Im übrigen wäre es auch eine übertriebene Forderung, das Kommunale Wahlrecht an die deutsche Staatsangehörigkeit zu binden, schließlich geht es in den örtlichen Parlamenten weder um die Landesverteidigung oder um die Außenpolitik, sondern nur um lokale Belange, um Antiegebeiträge, um Schulfragen, um kommunale Einrichtungen, Grünanlagen und anderes. Darüber sollten alle Menschen abstimmen können, die dort wohnen. Nicht zuletzt lebt mancher Ausländer länger in dem Viertel als seine deutschen Nachbarn.

Auch das immer wieder zu hörende Argument, Deutsche dürften im Ausland auch nicht wählen, stimmt nicht. Die Niederlande, Schweden, Norwegen, Dänemark, Irland und sogar einige Schweizer Kantone haben Ausländern das Kommunale Wahlrecht eingeräumt. Tatsächlich bestimmen bei uns ausländische Bürger in vielen Gremien mit. Sie sitzen in den Aufsichtsräten großer Konzerne. Sie wählen Betriebs- und Personalräte oder lassen sich dort wählen, sie beteiligen sich an den Sozialwahlen. Sie arbeiten gleichberechtigt in den Gewerkschaften, in den Parteien, Elternbeiräten und Vereinen mit.

Diese Tatsachen sprechen dafür, daß Ausländer auch das Kommunale Wahlrecht erhalten sollten, denn es ist nicht einzusehen, warum verantwortungsbewußte Bürger von dem Gemeindewohl nur deswegen ausgeschlossen sein sollen, weil sie einen fremden Paß haben.

CDU und CSU stemmen sich gegen ein Kommunalwahlrecht für Ausländer und schieben verfassungsrechtliche Gründe vor, obwohl viele Verfassungsrechtler solche Hinderungsgründe nicht sehen. Die Frage des Kommunalwahlrechtes für Ausländer muß politisch entschieden werden. Diese Entscheidung ist überfällig.

(-/11.12.1987/vo-he/rs)

* * *



DOKUMENTATION
=====

Annemarie Renger: Öffentlich gegen gefährliche Geschichts-Interpretationen auftreten

Der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, wurde die Ehrenbürgerwürde der Universität Jerusalem verliehen. Wir veröffentlichen die Dankagung, die Frau Renger am 8. Dezember auf der 13. Europäischen Konferenz der Freundesgesellschaften der Hebräischen Universität Jerusalem in Frankfurt hielt.

Ich werde versuchen, dem hohen Anspruch, der mit einer - nennen wir es - „Ehrenbürgerschaft“ Ihrer Universität verbunden ist, gerecht zu werden.

Ein Tag wie heute bietet einmal mehr Gelegenheit festzustellen, welche bemerkenswerte Intensität die deutsch-israelischen Beziehungen wenig mehr als vierzig Jahre nach Beendigung des Naziterrors erreicht haben.

Dazu gehört auch, daß die Abteilung für deutsche Sprache und Germanistik an Ihrer Universität jetzt schon seit mehr als einem Jahrzehnt besteht und von den Studenten sowie solchen Hörern, die dort nur Deutsch lernen wollen, eifrig in Anspruch genommen wird.

Besonders positiv möchte ich die Arbeit des Martin Buber Instituts für Erwachsenenbildung bewerten, das durch seinen wechselseitigen Sprachunterricht für Juden und Araber einen Beitrag zur Verständigung leistet.

Dies sind Beispiele dafür, wie Wissenschaft und Bildungseinrichtungen die politische Arbeit fördern, wie sich Wissenschaft und Politik in ihrer Arbeit wechselseitig befruchten.

Eine ihrer Verantwortung bewußte Wissenschaft kann insbesondere der jungen Generation Wege aus der Alternative zwischen anpassererischer Resignation und gewalttätiger Rebellion zeigen.

In unserer immer komplexer werdenden Welt kommt die Politik ohne die Wissenschaft nicht aus, wie andererseits die Wissenschaft ohne politische Unterstützung nicht bestehen kann.

Dieser Erkenntnis folgend haben wir in dieser Wahlperiode schon fünf Enquete-Kommissionen eingesetzt, die mit Abgeordneten und Wissenschaftlern besetzt sind.

Ihre Themen reichen vom „Ozonloch“ über die Bildung bis hin zu so komplexen Dingen wie Technikfolgenabschätzung, AIDS, oder Reform der Krankenversicherung.

Im übrigen ist die Politik selbst zu einem vielbeachteten Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden, ja sie hat ganze Wissenschaftszweige hervorgebracht. Allerdings bitte ich Sie, auch den Eigenwert typisch politischer Entscheidungsfindung zu akzeptieren. Sie müssen verstehen, daß sich der Politiker vielfach nicht von rationaler Deduktion leiten läßt, sondern von so einfachen Dingen wie praktischer Lebenserfahrung, Spürsinn für das Gefragte und instinktiven Wertungen.

Manfred Hättich sagt dazu, daß der praktische Entscheidungszwang der Rationalität von Politik Grenzen setzt, und zwar Grenzen, die sich insbesondere auch aus der Dimension der Zeit ergeben. „Eine theoretisch bessere Lösung kann diesen Charakter dadurch verlieren, daß sie zu spät kommt.“ Umgekehrt erfüllt es den Politiker mit Mißtrauen, daß die angeblich exakten Wissenschaften so höchst unterschiedliche Antworten auf ein und dieselbe Frage geben. Dies insbesondere, wenn sich politische Zielsetzungen mit wissenschaftlicher Analyse vermischen. Und nicht selten scheint mir dieses Mißtrauen berechtigt.

Es sind ja gerade Wissenschaftler, Historiker, die im Ausland mit ihrem Versuch einer historischen Neubewertung des Holocaust die deutsche Haltung zur Nazi-Vergangenheit ins Zwielicht gerückt haben. Die Wissenschaft darf nicht der Gefahr unterliegen, ausschließlich zur Selbstrechtfertigung zu dienen, zum Beweis einer „Wahrheit“, die man längst erkannt zu haben glaubt.

Die Notwendigkeit, daß wir Deutsche unsere nationale Identität bewahren, bestreite ich nicht. Dazu bedarf es aber keiner wissenschaftlich zweifelhaften Beweisführung über angebliche Zwangsläufigkeiten unserer Geschichte, die keine neuen Erkenntnisse bringt und deren Ergebnisse überdies falsch sind. Aber nicht nur das. Sie sind auch gefährlich. Und es genügt nicht, daß viele dies sehen. Sie müssen öffentlich dagegen auftreten und dies nicht nur den Betroffenen überlassen.

(-/14.12.1987/vo-he/rs)

* * *

